

## **2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 71 „Dorfkern Hausen“**

Planfertiger: Anger Groh Architekten  
Roßmayrstr.17  
85435 Erding

Plandatum: 08.07.2019 inkl. redaktioneller Änderungen v. 27.01.2020

Die Gemeinde Kirchheim bei München erlässt auf der Grundlage der §§ 1 – 4 sowie §§8 ff Baugesetzbuch – BauGB -, der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke – BauNVO -, des Art. 81 Bayerische Bauordnung – BayBO – des Art. 23 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern – GO – diesen Bebauungsplan als

### **Satzung:**

**Die im Folgenden vorgenommenen Änderungen gelten zusammen mit den übrigen, unveränderten Festsetzungen (durch Planzeichen und Text), sowie nachrichtliche Übernahmen, Kennzeichnungen und Hinweise des rechtsverbindlichen Bebauungsplans in der Urfassung und der 1. Änderung für den gesamten Umgriff des Bebauungsplans.**

#### **Zusammenfassung der geplanten Änderungen:**

- Mit der zweiten Änderung des Bebauungsplans „Dorfkern Hausen“ entfällt die Festsetzung der offenen Bauweise.
- Zudem soll die festgesetzte Mindestlänge für unter 4 a) gelistete Flurstücke dahingehend ergänzt werden, dass diese bei beidseitigem Grenzanbau in der Gesamtschau des grenzübergreifenden Gesamtbauwerks ermittelt werden darf.
- Da bei Flurnummer 983 die Straßenbegrenzungslinie einen Knick (ca. 5°) aufweist, darf das traufständige Gebäude hier von der Straßenbegrenzungslinie abweichen.

Dabei muss mindestens eine der Gebäudeecken die Straßenbegrenzungslinie berühren, die zweite Ecke darf max. 4,0 m von der Straßenbegrenzungslinie entfernt liegen.

- Um Immissionen gering zu halten, soll zu landwirtschaftlich betriebenen **befestigten** Hofflächen eine verputzte, hell gestrichene Hofmauer bis zu 2,0 m Höhe errichtet werden dürfen.

#### Änderung in der Planzeichnung:

- keine -

#### Änderung im Textteil (gestrichene, geänderte oder ergänzte Textpassagen sind durch Fettdruck hervorgehoben):

#### Änderungen A) Festsetzungen

##### 1. Punkt A) 4.a)

**~~Es ist die offene Bauweise festgesetzt.~~** Die Mindestlänge der Gebäude im Bereich Hausen (Fl.-Nr. 1003 (**inzw. 1003 und 1003/1**), 1000 (**inzw. 1000 und 1000/1**), 996, 991 (**inzw. 981 und Teilfläche 1051/2**), 990, 986, 983 (**inzw. 983, 983/1 und 983/2**), 981) ist mit 35 m festgesetzt. **Bei beidseitigem Grenzanbau kann die Gebäudelänge in der Gesamtschau beider Gebäude (grenzübergreifend) ermittelt werden.**

Auf den Grundstücken mit den Flurnummern 988, 986, **983** sind traufseitige Gebäude unmittelbar an der Straßenbegrenzungslinie festgesetzt.

**Auf Fl.-Nr. 983 bzw. 983/1 muss das traufständige Gebäude die Straßenbegrenzungslinie mindestens mit einer Gebäudeecke berühren. Die andere zur Straße gelegene Gebäudeecke darf dabei max. 4 m von der zugehörigen Straßenbegrenzungslinie entfernt liegen (lotrechte Messung auf die Straßenbegrenzungslinie).**

Auf allen anderen Grundstücken in Hausen ist ein Abstand von mind. 4 m und max. 12 m von der Gebäudekante zur Straßenbegrenzungslinie festgesetzt; auf Fl.-Nr. 991 und 990 ist dieser Mindestabstand mit 2 m festgesetzt.

##### 2. Punkt A) 9.

- e) Zu Hofflächen von landwirtschaftlich betriebenen Anwesen können an seitlichen Grundstücksgrenzen verputzte, hell gestrichene Mauern bis zu 2,0 m Höhe errichtet werden.

**Unter Hofflächen versteht man im räumlichen Zusammenhang mit den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden stehende befestigte Flächen, die der Betriebsführung der Landwirtschaft dienen. Der Wand vorgelagerte Beete, die der Begrünung der Wand dienen, sind dabei möglich.**

#### Änderungen B.) Hinweise:

**Bei Umsetzung des Bebauungsplans sind die artenschutzrechtlichen Bestimmungen der §§ 39 und 44 BNatSchG zu beachten.**

## VERFAHRENSVERMERKE:

### 1. Aufstellungsbeschluss:

Der Grundstücks - und Bauausschuss der Gemeinde Kirchheim bei München hat in seiner Sitzung am **12.03.2019** die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 71 "Dorfkern Hausen" im beschleunigten Verfahren (§ 13a BauGB) beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am **21.03.2019** ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

### 2. Auslegung:

Der Entwurf zur 2. Bebauungsplan-Änderung in der Fassung vom **08.07.2019** wurde mit der Begründung gem. § 13 a Abs. 2, § 13 Abs. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB vom **29.08.2019** bis **30.09.2019** öffentlich ausgelegt. Ort und Zeit der Auslegung wurden am **22.08.2019** ortsüblich bekanntgemacht und darauf hingewiesen, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können und dass die Bebauungsplan-Änderung im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung aufgestellt wird (§ 13 a Abs. 3 Nr. 1 BauGB).

### 3. Behörden- und Trägerbeteiligung:

Zum Entwurf der 2. Bebauungsplan-Änderung in der Fassung vom **08.07.2019** einschließlich der Begründung wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 a Abs. 2, § 13 Abs. 2 und 3 und § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom **29.08.2019** bis **30.09.2020** beteiligt.

### 4. Satzungsbeschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Kirchheim bei München hat mit Beschluss vom **27.01.2020** die Bebauungsplan-Änderung gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom **08.07.2019** inkl. **redaktioneller Änderungen** vom **27.01.2020** als Satzung beschlossen.

### 5. Ausfertigung:

Das Original dieses Bebauungsplanes wurde am ..... ausgefertigt.

Kirchheim b. München, den.....

.....  
Maximilian Börtl, 1. Bürgermeister

### 6. Inkrafttreten:

Der Satzungsbeschluss vom ..... wurde am ..... gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

Der Bebauungsplan „Dorfkern Hausen“ und die Begründung werden seit diesem Tag zu den üblichen Dienstzeiten im Rathaus zu jedermanns Einsicht bereitgehalten; über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Bebauungsplan ist damit rechtsverbindlich. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 5 sowie des § 215 BauGB ist hingewiesen worden.

Kirchheim b. München, den .....

Siegel

\_\_\_\_\_  
M. Börtl, 1. Bürgermeister

## **02. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 71: „Dorfkern Hausen“**

---

Begründung

**Plandatum:** 08.07.2019 inkl. redaktion. Änderungen v. 27.01.2020

**Architekt:**

**ANGER  
GROH**

Anger Groh Architekten PartGmbB  
Dipl.-Ing. Architekt Alexander Groh  
Roßmayrgasse 17 85435 Erding  
08122 88 002 0 [www.angergroh.de](http://www.angergroh.de)

## 1. Planungsrechtliche Voraussetzungen

Im Auftrag der Gemeinde Kirchheim bei München wird der Bebauungsplan Nr. 71 „Dorfkern Hausen“ geändert. Beim Bebauungsplan handelt es sich um einen einfachen Bebauungsplan im Sinne des § 30 Abs. 3 BauGB. Er wurde im Jahr 1996 aufgestellt, derzeit liegt die 1. Änderung vor, die seit 28.02.2013 rechtsgültig ist. Dies ist die zweite Änderung des Bebauungsplans. Die Bebauungsplan-Änderung erfolgt beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung):

Durch die zweite Änderung wird der Bebauungsplan in seinen Grundzügen verändert.

Für eine Beeinträchtigung von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten oder Vogelschutzgebieten gibt es keine Anhaltspunkte.

UVP-pflichtige Vorhaben werden durch die Änderung nicht begründet.

Die zulässige Grundfläche im Umgriff des B-Plans beträgt im Sinne des § 19 Abs. 2 der Baunutzungsverordnung weniger als 20.000 m<sup>2</sup> (s. Grundflächenbilanz im Anhang der Begründung; Quelle: Anlage 2 der Begründung zur Urfassung). Es handelt sich bei der Bebauungsplan-Änderung um eine Maßnahme, die die Nachverdichtung und die Innenentwicklung im Dorf kern von Hausen erleichtern und Sinne der Gemeinde steuern soll.

## 2. Anlass

Anlass der 2. Bebauungsplan-Änderung ist ein Baugesuch auf Flur-Nr. 983 und 983/1, das im Rahmen der gegenwärtigen Festsetzungen nicht zu realisieren ist. Dem Bauwerber ist es ein Anliegen die für den Ort typische Baustruktur landwirtschaftlicher Gehöfte zu erhalten und mit seiner Neubaumaßnahme zu unterstützen. Er betreibt selber eine Landwirtschaft.

In erster Linie steht die Festsetzung der offenen Bauweise der Verwirklichung seines Bauvorhabens entgegen. Der Erhalt des historischen Ortsbilds, geprägt durch die landwirtschaftlichen Anwesen in typischer Gebäudeanordnung, ist in offener Bauweise nicht zu bewerkstelligen, da das Abstandsflächenrecht Grenzbebauungen verhindert.

Zudem stehen weitere untergeordnete Änderungen dem Bauvorhaben entgegen, die aus Sicht der Gemeinde ebenfalls im Bebauungsplan geändert werden sollen (3.b bis 3.d).

## 3. Inhalt der 2. Änderung

- a) Entfall der allgemein gültigen Festsetzung der offenen Bauweise unter A.4.a
- b) Gebäudemindestlängen können bei beidseitigem Grenzanbau in der Gesamtschau (grenzübergreifend) ermittelt werden (A.4.a.)
- c) Auf Fl.-Nr. 983 bzw. 983/1 muss das traufständige Gebäude die Straßenbegrenzungslinie mindestens mit einer Gebäudeecke berühren. Die andere zur Straße gelegene Gebäudeecke darf dabei bis zu 4 m von der zugehörigen Straßenbegrenzungslinie entfernt liegen (lotrechte Messung auf die Straßenbegrenzungslinie).

- d) Zu **befestigten** Hofflächen landwirtschaftlicher betriebener Anwesen können an seitlichen Grundstücksgrenzen verputzte, hell gestrichene Mauern bis zu 2,0 m Höhe errichtet werden.

#### 4. Planungsziel der 2. Änderung

Um die bestehende Problematik zu erkennen, muss man die Historie des Bebauungsplans betrachten. Ursprüngliches Planungsziel bei Aufstellung des Bebauungsplans war u.a.

- .....
- Erhalt und Weiterentwicklung der bestehenden landwirtschaftlichen Nutzung
- Orientierung der baulichen Entwicklung hinsichtlich Bauform, Höhenentwicklung, Gestaltung und Materialien.
- ....

Durch die Festsetzungen zur besonderen Bauweise unter 4b der Urfassung des Bebauungsplans wollte man die Ortsbild prägende Bauform der landwirtschaftlichen Anwesen, den Wechsel von giebelständiger und traufseitiger Hofbebauung zum öffentlichen Straßenraum hin, für Neubauten sichern. Dabei wurde für die zentralen Grundstücke im Ortskern einseitige Grenzbebauung festgesetzt. Aufgrund dieser Festsetzung sowie mittels der festgesetzten Mindestlängen und Entfernungen zur Straßenbegrenzungslinie sollten die historischen Hofformen mit großvolumigen Hauptgebäuden auch bei Neubauten nachgebildet werden.

Eine Normenkontrollklage im Jahr 1999 löste die 1. Bebauungsplan-Änderung aus. Es klagte ein Bürger der Gemeinde Kirchheim, ansässig in einem anderen Bebauungsplangebiet mit analogen Festsetzungen. Dieser sah sich seiner nachbarschützenden Rechte beraubt, was letztlich zum Wegfall der Festsetzung der besonderen Bauweise mit einseitigem Grenzanbau führte (1. Bebauungsplanänderung). Dadurch wurde für alle Grundstücke im Plangebiet die offene Bauweise verbindlich. Als neues Planziel wurde damit die Sicherstellung einer verträglichen städtebaulichen Entwicklung unter Wahrung der nachbarschützenden Abstandsflächenregelung gemäß BayBO verfolgt. Über das Instrument der Befreiung vom Bebauungsplan wollte man im Einzelfall von der offenen Bauweise abweichende Gebäude zulassen. Eine Befreiung vom Bebauungsplan darf allerdings den Grundzügen der Planung nicht widersprechen (§ 31 Abs. 2 BauGB).

Da die Festsetzung der Offenen Bauweise als ein Grundzug der Planung zu werten ist, möchte die Gemeinde diese Festsetzung im Rahmen der 2. Änderung des Bebauungsplans grundsätzlich aus dem Bebauungsplan nehmen, um auch davon abweichende Bauformen in Hausen wieder zu ermöglichen. Insbesondere soll es wieder grundsätzlich möglich sein die alten Bauernhofstrukturen im Hausener Ortskern nachzubilden oder bei Nutzungsänderungen zu erhalten. Soweit nachbarschaftliches Einverständnis vorliegt, soll einseitiger Grenzanbau nicht durch Festsetzungen behindert werden. Gleiches gilt für den beidseitigen Grenzanbau.

Die Beurteilung der Bauweise soll in Zukunft beim Bauantrag nach den Einfügenskriterien erfolgen. Dies ist erklärtes Ziel der Gemeinde.

## 5. Geplante Änderungen:

a) Entfall der offenen Bauweise: Der Erhalt der baulichen Bauernhofstrukturen war Planungsziel der Urfassung des Bebauungsplans. Dieses Ziel kann mit Festsetzung der offenen Bauweise nicht erreicht werden, da die Gehöfte in Hausen stark von einseitigen Grenzanbauten geprägt sind, die nicht der offenen Bauweise entsprechen. Da im gleichen Maße die nachbarschaftlichen Interessen mit Wahrung der Abstandsflächen nach BayBO von der Gemeinde unterstützt werden, ist die Bewertung hinsichtlich der Bauweise für jeden eingereichten Bauantrag gesondert nach den Einfügenskriterien gem. §34 BauGB durchzuführen. Auf diese Weise werden einseitige Grenzanbauten (bei nachbarschaftlichem Einverständnis bzw. Abstandsflächenübernahme) und beidseitige Grenzanbauten wieder grundsätzlich genehmigungsfähig. Um nachbarschaftliche Interessen zu wahren, und weiteren Normenkontrollklagen in dieser Hinsicht vorzubeugen gelten nach wie vor die Abstandsflächenregelungen nach BayBO im Plangebiet.

b) Bei beidseitigem Grenzanbau kann die Gebäudelänge in der Gesamtschau betrachtet werden.

Beim vorliegenden Baugesuch auf Flur-Nr. 983 **bzw. 983/1** ist ein Grenzanbau an das bereits in Grenzbauweise errichtete Bestandsgebäude auf Flur-Nr. 986 vorgesehen. Bei Einhaltung der Mindestlänge von 35 m pro Haus wäre die Gebäudeflucht in der Gesamtschau mindestens 70 m lang. Da aneinandergrenzende Gebäude als ein Bauvolumen wirken, möchte man in diesen speziellen Fällen eine Ermittlung der Gebäudelänge in der Gesamtschau zulassen. Die Gemeinde erachtet eine grenzübergreifende Gesamtlänge von mindestens 35 m als ausreichend, um den Erhalt des Ortscharakters durch die Bildung von großvolumigen Baukörpern zu fördern. In diesem Falle wäre die ursprüngliche Intention der Gemeinde Kirchheim, untypische kleinteilige Bebauung im Hausener Dorfzentrum zu verhindern, gewahrt.

c) Auf Fl.-Nr. 983 **bzw. 983/1** muss das traufständige Gebäude die Straßenbegrenzungslinie mindestens mit einer Gebäudeecke berühren. Die andere zur Straße gelegene Gebäudekante darf dabei max. 4 m von der zugehörigen Straßenbegrenzungslinie entfernt liegen (lotrechte Messung auf die Straßenbegrenzungslinie).

Bisherige Regelung: Bisher war für Flur-Nr. 983 (**Parzellierung der Urfassung**) eine Bebauung direkt an der Straßenbegrenzungslinie festgesetzt. Da die Grundstücksgrenze von Flur-Nr. 983 bzw. entlang der öffentlichen Straße einen Knick aufweist und es grundsätzlich mit Schwierigkeiten behaftet ist ein abknickendes Gebäude zu errichten, hat sich die Gemeinde entschlossen für dieses Grundstück eine abweichende Lösung festzusetzen. Dabei soll es

möglich sein das Gebäude in geradliniger Gebäudeflucht zu errichten und dennoch das städtebauliche Ziel, das Gebäude an der Grundstücksgrenze zu errichten, grundsätzlich weiterzuverfolgen.

Die Neuregelung sieht eine Kompromisslösung vor, bei der das traufständige Gebäude die Straßenbegrenzungslinie lediglich in mindestens einem Punkt berühren muss. Mit der anderen Gebäudeecke darf der Baukörper max. 4 m von der Straßenbegrenzungslinie zurückweichen. Dabei wird das Gebäude eng am öffentlichen Straßenraum gehalten und kann trotzdem in gerader Flucht ohne Abknickung errichtet werden. Durch ein Berühren der Grundstücksgrenze und die Festlegung des Maximalabstands der anderen zur Straße gelegenen Gebäudeecke ist ein bauliches Abdriften vom öffentlichen Straßenraum nicht möglich.

Damit bleiben die städtebaulichen Ziele gewahrt und dem Bauherrn werden dennoch keine aufwändig zu erstellenden abknickenden Gebäude zugemutet.

d) Zulässigkeit von hell gestrichenen Mauern bis zu 2,0 m Höhe an seitlichen Grundstücksgrenzen zu landwirtschaftlich betriebenen Anwesen (befestigte Hofflächen):

Die bisherige Regelung unter A.9 c) lässt an seitlichen Grundstücksgrenzen sockellose senkrechte Lattenzäune, sowie hinterpflanzte Maschendrahtzäune bis zu einer maximalen Höhe von 1,2 m über Gelände vor.

Im Hausener Ortskern befinden sich aktiv betriebene Hofstellen. Die Hofstelle auf Flur-Nr. 986 wurde erst vor wenigen Jahren baulich teilerneuert und modernisiert. Auch auf der benachbarten Flur-Nr. 983 mit 983/1 wird der landwirtschaftliche Betrieb ohne Tierhaltung nach der geplanten Baumaßnahme fortgeführt. Aufgrund der bereits vor Jahren erfolgten Aufgabe der Tierhaltung soll das an die westliche Grundstücksgrenze angebaute Gebäude mit Silo abgerissen werden. Das Gebäude wird wirtschaftlich nicht mehr benötigt und ist in der Substanz nicht erhaltenswürdig. Dadurch grenzen die beiden benachbarten Hofflächen zukünftig ohne Sichtschutz direkt aneinander, da die bisher abschirmenden Gebäude und baulichen Anlagen entfallen. Da auf beiden Anwesen zugleich gewohnt und gearbeitet wird und durch die grenzständigen Gebäude kein ausreichender räumlicher Abstand erreicht wird, soll zwischen diesen Gehöften, aber auch für das Plangebiet im Allgemeinen, die Möglichkeit vorgesehen werden zu einer landwirtschaftlich betriebenen befestigten Hoffläche hin eine Mauer bis zu 2,0 m Höhe zu errichten. Damit wird ein wirksamer Sicht- und Lärmschutz erreicht. An die Wand angrenzende Beete, um die Wand zu begrünen, sind dabei zulässig. Somit wird die Weiterführung landwirtschaftlicher Betriebe erleichtert und die Wohnqualität auf angrenzenden Grundstücken erhöht.

Die Gemeinde erhofft sich mit der Neuregelung nachbarschaftlichen Konflikten wirksam vorzubeugen und damit den Verbleib landwirtschaftlicher Betriebe im Hausener Ortskern und deren Akzeptanz zu unterstützen.



## 6. Grünordnung

Die Grünordnung wird nicht geändert.

## 7. Weitere Auswirkungen durch die 2. Bebauungsplan-Änderung:

### a) Schutzgut Mensch:

Durch die 2. B-Plan-Änderung sind keine negativen Auswirkungen auf gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu erwarten. Diese werden durch die festgesetzten Mauern bis 2,0 m Höhe zu **befestigten** landwirtschaftlichen Hofflächen sogar verbessert, da insbesondere Schall-Immissionen aus landwirtschaftlichen Betrieben reduziert werden.

Aufgrund der Prüfung im Einzelfall beim Bauantrag (auf Basis von §34 BauGB) löst auch der Wegfall der offenen Bauweise keine erkennbaren Nachteile aus. Grundsätzlich müssen die Abstandsflächenregelungen der BayBO beachtet werden.

### b) Schutzgut Tiere und Pflanzen

Das Zulassen von Mauern zu landwirtschaftlichen Hofflächen verhindert an dieser Stelle das Passieren von Kleintieren und den Austausch von Bodenlebewesen über die Grundstücksgrenze hinweg. Dieser Umstand ist den Planern und der Gemeinde bewusst. Da in Hausen nur noch wenige Anwesen aktiv landwirtschaftlich betrieben werden, sind der Schutz und vor allem auch die Akzeptanz bewirtschafteter Hofstellen erklärtes Ziel der Gemeinde. Die Errichtung der Mauern ist praktisch nur auf wenige Stellen im Hausener Dorfzentrum beschränkt, insbesondere bei Abriss von grenzständigen Bestandsgebäuden. In diesen Fällen ist ein Passieren von Kleintieren auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Daher werden die nachteiligen Auswirkungen auf die Tierwelt als vernachlässigbar eingestuft.

Die Pflanzenwelt ist durch die geplanten Änderungen nicht betroffen, die Grünordnung bleibt unverändert.

**Damit wild lebende Tiere und Pflanzen im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplans geschützt werden, wurde auf die Beachtung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen der §§ 39 und 44 BNatSchG hingewiesen.**

### c) Schutzgut Boden und Wasser

Die Bebauungsplan-Änderung gefährdet weder Boden noch Grundwasser. Der Versiegelungsgrad wird durch die Veränderungen nicht erhöht.

### d) Schutzgut Klima und Luft

Art und Maß der baulichen Nutzung sowie die Verkehrsflächen bleiben unverändert. Es liegen keine Anhaltspunkte für negative Auswirkungen auf Klima und Luft vor.

e) Schutzgut Orts- und Landschaftsbild

Das Landschafts- und Siedlungsbild wird durch die Änderungen nicht negativ beeinträchtigt. Im Gegenteil, durch Wegfall der offenen Bauweise wird die Möglichkeit verbessert das vorhandene Ortsbild und damit den Erhalt des dörflichen und ländlichen Charakters von Hausen zu bewahren.

f) Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Es sind keine negativen Auswirkungen bekannt.

g) Belange nach §1a Abs. 2 BauGB zum schonenden Umgang mit Grund und Boden und den Belangen der Land- und Forstwirtschaft

In Bezug auf den Umgang mit Grund und Boden finden keine nachteiligen Veränderungen statt. Durch Aufhebung der offenen Bauweise entstehen keine Veränderungen an der zulässigen GRZ. Die Größe der zu überbaubaren Flächen bleibt deshalb unverändert. Land- und forstwirtschaftliche Flächen sind von der Maßnahme nicht betroffen.

h) Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und Ausgleich

Die Bebauungsplan-Änderung löst keine Ausgleichs-Maßnahmen aus.

**Aufgestellt:**

Kirchheim bei München, .....

Erding, .....

---

Maximilian Böttl, 1. Bürgermeister

---

Alexander Groh, Dipl.-Ing. Architekt





Anhang der Begründung:  
Aktueller Grundstückslageplan v. Mai 2019 mit Darstellung des  
Bebauungsplan-Umgriffs  
ohne Maßstab